



HOME

AKTUELLES

- Nachrichten
- Kommentar
- Berlin/Brandenburg
- Wirtschaft
- Kultur
- Aus aller Welt
- Sport

LOKALES

- Bad Freienwalde
- Beeskow
- Bernau
- Eberswalde
- Eisenhüttenstadt
- Frankfurt (Oder)
- Fürstenwalde
- Uckermark
- Seelow
- Strausberg

MOZ DIREKT

- Unternehmen
- Anfahrtsskizze
- Redaktion
- Druck-Service
- Vertrieb
- Stundenplan
- Angebote
- Abo-Service
- Anzeigen
- Leserreisen
- TicketService
- Online-Service
- MOZ-Kontakt

Wissen



Protestfrühstück vor dem Bildungsministerium

- [Artikel drucken](#)
- [Artikel empfehlen](#)
- [E-Mail an die Redaktion](#)
- [← Zurück](#)

Potsdam (dpa) Protest-Picknick vor dem Bildungsministerium: Unter dem Motto "Wir lassen uns nicht abfrühstücken" haben am Mittwoch Kinder, Erzieher und Eltern für bessere Bedingungen in den Brandenburger Kindertagesstätten demonstriert. Rund 180 Kinder und Erwachsene waren zur Wiese vor dem Ministerium gekommen, um mit Bildungsminister Holger Rupprecht (SPD) zu frühstücken und auf ihre Sorgen aufmerksam zu machen, wie die Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege mitteilte. Gefordert wird vor allem mehr Personal für die Kinderbetreuung. Bislang sei lediglich eine Erzieherin für 13 Kinder zwischen drei und sechs Jahren zuständig.

Im rbb-Inforado kündigte Rupprecht eine bessere personelle Ausstattung der Kitas an. Zunächst sei eine bessere Betreuungsquote für die bis Dreijährigen geplant. Dies würde 17,5 Millionen Euro pro Jahr kosten. Weitere Versprechungen halte er angesichts der Haushaltslage für unseriös. Rupprecht verwies darauf, dass Entscheidungen erst nach der Landtagswahl im Herbst gefällt werden.

Zu den Forderungen der Liga gehört, dass künftig bei den unter Dreijährigen eine Erzieherin auf vier Kinder kommt. Bei den Kindern zwischen drei und sechs Jahren müsse die Relation bei 8:1 und bei den Sechs- bis Zwölfjährigen bei 18:1 liegen. Außerdem müsse den Erzieherinnen für die reine Arbeit mit den Kindern mehr Zeit gegeben werden. "Die Erzieherinnen und Erzieher leisten hervorragende Arbeit, stoßen allerdings aufgrund unzureichender Rahmenbedingungen an die Grenzen ihrer Möglichkeiten", heißt es in einer Mitteilung.

Mittwoch, 13. Mai 2009 (15:11)